



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Bank AG

Stand vom 20.06.2025 12:22:22 bis 03.07.2025 14:55:25

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer: R001998

Ersteintrag: 28.02.2022

Letzte Änderung: 20.06.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 18.06.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten: Adresse:

Taunusanlage 12
60325 Frankfurt am Main
Deutschland

Telefonnummer: +49699100

E-Mail-Adressen:

deutsche.bank@db.com

Webseiten:

www.deutsche-bank.de

Hauptstadtrepräsentanz: Unter den Linden 13-15
10117 Berlin

Telefonnummer: +49699100

E-Mail-Adresse: government-public.affairs@db.
com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1.830.001 bis 1.840.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,45

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Christian Sewing

Funktion: Vorstandsvorsitzender

2. Fabrizio Campelli

Funktion: Mitglied des Vorstands

3. Bernd Leukert

Funktion: Mitglied des Vorstands

4. James Graf von Moltke

Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

5. Alexander von zur Mühlen

Funktion: Mitglied des Vorstands

6. Rebecca Short

Funktion: Mitglied des Vorstands

7. Claudio de Sanctis

Funktion: Mitglied des Vorstands

8. Laura Padovani

Funktion: Mitglied des Vorstands

9. Marcus Chromik

Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (20):

1. Koen Holdtgrefe

2. Jörg Eigendorf

3. Josef Ritter

4. Julian Schoof

5. Carsten Laux

6. MMag. Dr. Gerald Podobnik

7. Dr. Jan-Philipp Gillmann

8. Hauke Burkhardt

9. **Benjamin Alka**
10. **Oliver Kleine**
11. **Lukas Rietig**
12. **Stephen Fisher**
13. **Dr. Julia Dieckmann**
14. **Julia Kolbe**
15. **Katharina Paust-Bokrezion**
16. **Orestis Nikou**
17. **Eveline Metzen**
18. **Christian Sewing**
19. **Alexander von zur Mühlen**
20. **Marcus Chromik**

Mitgliedschaften (54):

1. Bundesverband deutscher Banken e.V.
2. Deutsches Aktieninstitut e.V.
3. Bundesverband für strukturierte Wertpapiere e.V.
4. Bitkom e.V.
5. Bankenfachverband e.V.
6. Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) e.V.
7. Ostdeutscher Bankenverband e.V.
8. Norddeutscher Bankenverband e.V.
9. Bayerischer Bankenverband e.V.
10. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
11. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
12. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
13. WIRTSCHAFTSBEIRAT DER UNION e.V.
14. Forum für Zukunftsenergien e.V.
15. Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA)
16. Nah- und Mittelost-Verein e.V.
17. American Chamber of Commerce in Germany e.V.
18. Atlantik-Brücke e.V.
19. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
20. Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer-Unternehmerverband e.V.
21. British Chamber of Commerce in Germany e.V.
22. Lateinamerika Verein e.V.
23. Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V.
24. Deutsch-Israelische Wirtschaftsvereinigung e.V.
25. Ostasiatischer Verein e.V.
26. Association for Financial Markets in Europe (AFME)

27. Frankfurt Main Finance e.V.
28. Europäische Bewegung Deutschland e.V.
29. Förderkreis des DGAP e.V.
30. Stiftung Marktwirtschaft
31. ICC Germany e.V. Internationale Handelskammer
32. Bundesverband Deutsche Startups e.V.
33. Verein für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten e.V. (VfU)
34. Wirtschaftscoalition Daten & Digitales
35. Charta der Vielfalt e.V.
36. Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V.
37. WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.
38. Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE)
39. BIO Deutschland e.V.
40. DSW - Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.
41. Value Balancing Alliance e.V.
42. econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.
43. Deutsche Gesellschaft für Personalführung e.V.
44. DDV Deutscher Dialogmarketing Verband e.V.
45. DIRT - Deutscher Investor Relations Verband e.V.
46. Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
47. Markenverband e.V.
48. PROUT AT WORK-Foundation
49. Förderkreis der Deutschen Industrie e.V.
50. Aspen Institute Deutschland e.V.
51. Finanzplatz München Initiative
52. Verband der Vereine Creditreform e.V.
53. Förderkreis Deutsches Heer e.V.
54. Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften - German Private Equity and Venture Capital Association e.V. (BVK)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenpolitik; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Wohnen; Rente/Alterssicherung; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Bank- und Finanzwesen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bankensektor ist von umfangreichen und komplexen Richtlinien sowie gesetzlichen Vorschriften geprägt, die zudem häufig überarbeitet oder neu implementiert werden. Unser Team für Government & Public Affairs steht im regelmäßigen Austausch mit den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern in Berlin, Brüssel, London und Washington, identifiziert frühzeitig politische und regulatorische Entwicklungen und koordiniert die Positionen der Deutschen Bank. Ziel ist es, branchenspezifische Themen in die öffentliche Diskussion einzubringen - sei es im direkten Kontakt oder über die Arbeit in Verbänden, wie beispielsweise des Bundesverbands deutscher Banken. Darüber hinaus leistet die Deutsche Bank einen Beitrag zum politischen Entscheidungsprozess, indem wir politischen und regulatorischen Interessengruppen (wie Regierungsorganisationen, politischen Entscheidungsträgern und Aufsichtsbehörden) Informationen und Daten über die Entwicklung der Branche, über unsere Geschäftsstrategie und die entsprechenden Einflussfaktoren zur Verfügung stellen.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Anpassung EU Strategie für Sustainable Finance + EU Taxonomie Verordnung und delegierte Rechtsakte

Beschreibung:

Überarbeitung und Verbesserung der technischen Kriterien der EU Taxonomie-Verordnung (Technical Screening Criteria), um die Anwendbarkeit für Unternehmen zu verbessern und auch für die Transformation wesentliche ökonomische Tätigkeiten einzuschließen („enabling Activities“). Etablierung von Prinzipien für Transitionsspläne sowie Transformationsfinanzierungen (Transition Finance).

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406240095](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. Begleitung der Crisis Management and Deposit Insurance Review

Beschreibung:

Bedenken bestehen darin, dass die Reform letztlich die Bedingungen für den Zugang zu den Mitteln des Abwicklungs- und Einlagensicherungssystems senkt und damit die Anreize für ein angemessenes Risikomanagement verringern könnte. Die Reform sollte auch die

Fortschritte widerspiegeln, die bisher bei der Abwicklungsplanung und -vorsorge der EU-Banken erzielt wurden, beispielsweise bei der Berücksichtigung des Aufbaus verlustabsorbierender Schulden.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406240100** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

3. **Review des EU macroprudential framework**

Beschreibung:

Dies ist eine Gelegenheit, den makroprudanziellen Rahmen der EU weiter zu harmonisieren und mehr Transparenz, einschließlich Kapitalpuffern, zu schaffen und damit ungleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU zu beseitigen. Außerdem bietet sich damit die Gelegenheit, den Rahmen besser abzustimmen und sicherzustellen, dass Kapitalpuffer in Krisenzeiten tatsächlich nutzbar und verfügbar sind. Und schließlich bietet sich die Gelegenheit, die Toolbox für andere Sektoren als Banken zu verfeinern, wie zum Beispiel NBFI.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406240035** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

4. **Review des EU Verbriefungs-Rahmenwerks**

Beschreibung:

Die Verbriefung trägt zur Entwicklung der europäischen Kapitalmärkte bei und ist Teil des umfassenderen Projekts der Kapitalmarktunion (CMU). Die regulatorische Behandlung von Verbriefungen in der EU ist im Vergleich zu der Leistung dieser Anlageklasse im Laufe der Jahre und im Vergleich zu anderen Rechtsräumen nachteilig. Damit die Verbriefungen in der EU wachsen können und die europäische grüne und digitale Transformation unterstützt wird, sind Änderungen bei der regulatorischen Behandlung bei Banken und Versicherern erforderlich.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406240101](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

5. Implementierung von Basel III (CRR III/CRD VI) und Review anderer potenzieller Regulierung**Beschreibung:**

Mit CRR III und CRD VI (final) geht die Durchführungsphase nun auf die Produkte der Stufe 2, z. B. technische Regulierungsstandards/technische Durchführungsstandards (RTS/ITS) und Leitlinien der EBA. Viele dieser Standards werden wichtige Details darüber enthalten, wie der Rahmen auf EU-Banken angewendet werden sollte. Es ist wichtig, dass bei diesem Prozess die von den EU-Co-Gesetzgebern in CRR III und CRD VI vorgesehene Gesamtkapitalbilanz beibehalten wird.

Dies ist auch eine Gelegenheit, Teile des Rahmens zu überarbeiten, die unbeabsichtigte Folgen haben könnten oder mit anderen Rechtsordnungen falsch abgestimmt sind und somit einen Wettbewerbsnachteil für EU-Banken darstellen könnten, wie etwa die neuen Regeln für das Marktrisiko (Fundamental Review of the Trading Book - FRTB).

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406240103](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

6. Empfehlungen zum EU-Verordnungsvorschlag zur Einführung des digitalen Euro**Beschreibung:**

Die Verordnung für den digitalen Euro muss einen Rechtsrahmen schaffen, der die Rollen der EZB und der privaten Zahlungsverkehrswirtschaft klar definiert und ermöglicht, dass sich der digitale Euro effizient in den bestehenden Zahlungsverkehr einfügt.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406240104 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. [Empfehlungen zum EU-Verordnungsvorschlag über den Rahmen für den Zugang zu Finanzdaten](#)

Beschreibung:

Die Verordnung muss einen Rechtsrahmen schaffen, der gesetzliche Klarheit und Sicherheit für Unternehmen und Verbraucher schafft, um den Zugang zu Kundendaten für die definierten Finanzdienstleistungen kontrollieren zu können. Die Rollen und Verpflichtungen der einzelnen Akteure in dieser Datenökonomie müssen klar definiert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

KredWG [alle RV hierzu]; ZAG 2018 [alle RV hierzu]; GwG 2017 [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406240105 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. [Review der EU Benchmarks Regulation](#)

Beschreibung:

Der Vorschlag der EU-KOM zur Überarbeitung der EU-Benchmarks-Verordnung (BMR) soll ihren Anwendungsbereich erheblich verringern. Nur Benchmarks mit Referenzwerten über 50 Mrd. EUR würden automatisch erfasst. Rat und EP haben ihre Positionen finalisiert. Die Schwelle beruht auf der Berechnung der ESMA für börsengehandelte Derivate, die ausschließlich an einem europäischen Handelsplatz gehandelt wurden. Die Daten berücksichtigen OTC-Derivate, die an anderen Handelsplätzen gehandelt werden, nicht. Dies kann dazu führen, dass mehr Nicht-EU-Benchmarks in den BMR einfließen, als die EU-KOM

beabsichtigt hatte. Keiner der FX-Spot- oder Nicht-EU-Benchmarks, die betroffen wären, beabsichtigt, in der EU zugelassen zu werden. Das würde bedeuten, dass ihre Verwendung in der EU untersagt wäre.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240098 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

9. Empfehlungen zur Retail Investment Strategy

Beschreibung:

Die RIS soll Kleinanlegern die Möglichkeit geben, sich an den EU-Kapitalmärkten zu beteiligen. Einige ihrer Vorschläge stehen jedoch im Widerspruch zu den Zielen und würden zu Komplexität und Preisinterventionen auf den Kapitalmärkten beitragen. Rat und EP fordern u.a. die Aufhebung des ursprünglich vorgeschlagenen Provisionsverbots, die Verwendung des "Value for Money"-Benchmarks als Aufsichtsinstrument und die Beseitigung der dritten Stufe des "Best Interest"-Tests. Sie könnten noch weiter gehen, um zu gewährleisten, dass der ganzheitliche Wert eines Produkts erfasst wird und die neuen Anforderungen nicht einer Preisregulierung gleichkommen. Das ist insbesondere im Hinblick auf den „Best-Interest-Test“ und "Value for Money" wichtig.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240096 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. Vollendung der Kapitalmarktunion

Beschreibung:

Die Mobilisierung privaten Kapitals ist unerlässlich für den Erfolg der wirtschaftlichen Transformation Europas. Die EU und die ihre Mitgliedstaaten sollten sich auf Instrumente

einigen, durch die das Rahmenwerk für eine gemeinsame Kapitalmarktunion geschaffen wird. Wichtig ist dafür eine Flexibilisierung des EU-Rechtsrahmens, eine stärkere Harmonisierung und eine Konsolidierung der EU-Marktinfrastruktur.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240106 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. Anpassung der Verordnung zur geldwäscherechtlichen Identifizierung durch Videoidentifizierung

Beschreibung:

VideoID ist die bevorzugte Methode der Kunden für Remote-Client-Onboarding im deutschen Markt. Die Verbreitung von VideoID-Kunden-Onboarding hat den Zugang zu Finanzprodukten erleichtert, ohne dass dies zu einem Anstieg des Betrugs im Vergleich zu anderen Identifizierungsmethoden geführt hat. Mit dem Verordnungsentwurf GwVideoIDV-E sollen Anforderungen umgesetzt werden, die für Deutschland einzigartig und in der übrigen EU beispiellos sind. Nach Prüfung des Verordnungsentwurfs befürchten wir, dass seine Einführung EU-Gesetzgebung voreilen und unbeabsichtigt zu einem de facto Verbot von VideoID führen würde. Bis zur allgemeinen Implementierung von eIDAS auf europäischer Ebene sollte in Deutschland das VideoIdent-Verfahren in der jetzigen Form weitergeführt werden.

Referentenentwurf:

Verordnung zur geldwäscherechtlichen Identifizierung durch Videoidentifizierung

(Geldwäschevideoidentifizierungsverordnung - GwVideoIdentV) (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 18.04.2024

Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GwG 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240042 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen alle SG dorthin

Mitglieder des Bundestages alle SG dorthin

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) alle SG dorthin

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) alle SG dorthin

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) alle SG dorthin

12. Begleitung der Reform der privaten Altersvorsorge

Beschreibung:

Die Altersvorsorge in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Für viele Arbeitnehmer wird die staatliche Rente in Zukunft nicht mehr ausreichen und auch die Belastung des Staatshaushaltes wird sich aufgrund demografischer Entwicklungen weiter vergrößern. Um die Altersvorsorge auch für die kommenden Jahre stabil, gerecht und sicher zu gestalten, braucht es eine Reform der privaten Altersvorsorge. Im Sinne der aktiven Beteiligung des Bürgers an den Vorteilen des Kapitalmarkts sollte eine mögliche neue Lösung oder ein neues Produkt verständlich und unbürokratisch sein, insbesondere im Hinblick auf den Zugang und die Ausgestaltung einer möglichen staatlichen Förderung.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen alle RV hierzu; Rente/Alterssicherung alle RV hierzu

13. Förderung der finanziellen Bildung

Beschreibung:

Finanzielle Bildung ist entscheidend für persönliche Investitionsentscheidungen, Partizipation an wirtschaftlichen Erfolgen und eine nachhaltige Alterssicherung. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen bestehen Lücken in der finanziellen Bildung, die zum Teil von unseriösen Beratungsangeboten in Social Media gefüllt werden. Die Initiativen der Bundesregierung zur Stärkung der Finanzbildung werden begrüßt und unterstützt, es braucht allerdings weitere Schritte. Durch eine stärkere Kooperation zwischen (Finanz-)Wirtschaft und Politik und zugängliche, auf die Zielgruppe abgestimmte Angebote könnten mehr Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene profitieren und eigene Investitionsentscheidungen verbessern.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen alle RV hierzu; Rente/Alterssicherung alle RV hierzu; Verbraucherschutz alle RV hierzu

14. Einführung eines Mittelstandsfonds unter Nutzung der Mittel des Restrukturierungsfonds

Beschreibung:

Der deutsche Mittelstand steht vor großen Herausforderungen bei der Transformation hin zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft. Diese Aufgaben resultieren in einem hohen Finanzierungsbedarf. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Deutsche Kreditwirtschaft in

Zusammenarbeit mit der Politik die sogenannten Altmittel aus der nationalen Bankenabgabe in den Aufbau eines Mittelstandsfonds einbringt. Um den Mittelstand effektiv, unbürokratisch und rechtssicher zu unterstützen, sollte schnell eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die dem Staat und den Banken eine effiziente und zügige Umsetzung ermöglicht.

Betroffenes geltendes Recht:

RStruktFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

